

Inhalt

TITELSEITE

- Keine Bezahlung des Architekten für besondere Leistungen ohne schriftliche Vereinbarung
- Voller Werklohnanspruch des Unternehmers für unbrauchbare Bauleistung

SEITE 2

- Einzelhändler haftet nicht für explodierte Limonadenflasche
- Haustürwiderrufsrecht auch beim Bauvertrag

SEITE 3

- Marderbiss - was zahlt die Kaskoversicherung?
- Reform des Unterhaltsrechts

SEITE 4

- Verkehrsunfall - keine Bindung an Schadensabrechnung

Redaktion:
RA Tilmann Schellhas
Tel. 0911 588 888-0
Fax 0911 588 26 66
info@rae-schieder.de

Diesen Newsletter können Sie
abonnieren oder abbestellen
unter www.rae-schieder.de

Satz & Gestaltung:
www.kaller.de

Keine Bezahlung des Architekten für besondere Leistungen ohne schriftliche Vereinbarung

RA THOMAS SCHIEDER – Das OLG Celle (14 U 130/06, Urt. v. 07.02.2007) hat entschieden, dass die Vergütung besonderer Leistungen über die vereinbarten Grundleistungen hinaus gemäß § 5 Abs. 4 HOAI immer einer schriftlichen Vereinbarung bedarf. Hierbei sei es unerheblich, ob der Architekt die entsprechenden Leistungen tatsächlich erbracht hat. Allein der Umstand, dass eine Leistung erbracht wird, macht sie noch nicht zum Vertragsgegenstand! Die über die Grundleistungen der HOAI hinausgehenden besonderen Leistungen hätte der Bauherr daher trotz Erbringung durch den Architekten nicht zu bezahlen. Bei dieser Gelegenheit hat das OLG Celle weiter ausgeführt, dass eine Bindung des Architekten an die einmal von ihm erstellte Honorarschlussrechnung dann

nicht vorliegt, wenn diese vom Bauherrn gar nicht angenommen bzw. entgegengenommen und eine Bezahlung von daher verweigert wird. Der Architekt kann in diesem Fall seine Schlussrechnung auch nachträglich erhöhen, wenn die HOAI dies ermöglicht. Eine Bindung des Architekten an den vorher berechneten – niedrigeren – Honorarbetrag liegt dann nicht mehr vor!

Fragen zum Beitrag beantwortet
Ihnen gerne
RA THOMAS SCHIEDER
Fachanwalt für Bau- und
Architektenrecht
Tel. 0911 588 888-0

Voller Werklohnanspruch des Unternehmers für unbrauchbare Bauleistung

RA THOMAS SCHIEDER – Das Oberlandesgericht Jena (7 U 34/05, Urt. v. 07.12.2006) hat entschieden, dass nach einer unberechtigten Selbstvorname des Auftraggebers dem Auftragnehmer der Werklohn für seine bis dahin erbrachten mangelhaften Leistungen ungekürzt zusteht. Dies sei zwingende Konsequenz der unberechtigten Selbstvorname, zu der es immer dann kommt, wenn der Auftraggeber dem Unternehmer, der

eine mangelhafte Bauleistung erbracht hat, keine oder keine angemessene Frist zur Mängelbeseitigung setzt, die im Grundsatz immer erforderlich ist und zur Selbstvorname übergeht. Der Auftraggeber und Bauherr verliert durch die unberechtigte Selbstvorname, d. h. die Beseitigung der Mängel auf eigenen Auftrag durch eine Drittfirma ohne Fristsetzung an den mangelhaft leistenden Unternehmer, jede

Möglichkeit, die wirtschaftlichen Nachteile der Mängel zu kompensieren. Im Ergebnis ist festzuhalten, dass der Auftraggeber dadurch, dass er der Baufirma keine oder keine angemessene Frist zur Mängelbeseitigung gesetzt und die Mängel durch ein

anderes Unternehmen unmittelbar ausführen ließ, keine Gegenrechte gegen den Vergütungsanspruch des mangelhaft leistenden Bauunternehmers trotz der vorliegenden Mängel mehr geltend machen kann!

Fragen zum Beitrag beantwortet

Ihnen gerne

RA THOMAS SCHIEDER

Fachanwalt für Bau- und
Architektenrecht

Tel. 0911 588 888-0

Einzelhändler haftet nicht für explodierte Limonadenflasche

RA TILMANN SCHELLHAS – Der Geschädigte machte gegen einen Einzelhändler Schadensersatzansprüche geltend, nachdem er durch die Explosion einer Limonadenflasche erheblich verletzt worden ist – der Einzelhändler habe in seinem Verbrauchermarkt kohlenensäurehaltige Getränke trotz sommerlicher Temperaturen nicht kühl verwahrt. Hierdurch sei es zu der Explosion gekommen.

Der BGH (Urteil vom 31. Oktober 2006 – VI ZR 223/05) hat hierzu ausgeführt, dass eine durch Klimatisierung herbeigeführte künstliche Kühlung vom Einzelhändler nicht verlangt werden könne. Zwar ist derjenige, der eine Gefahrenlage

schaft, grundsätzlich verpflichtet, die notwendigen und zumutbaren Vorkehrungen zu treffen, um eine Schädigung anderer möglichst zu verhindern. Eine Verkehrssicherung, die jede Schädigung ausschließt, ist aber im praktischen Leben nicht erreichbar. Haftungsbegründend wird eine Gefahr deshalb erst dann, wenn sich für ein sachkundiges Urteil die nahe liegende Möglichkeit ergibt, dass Rechtsgüter anderer verletzt werden können und entsprechende Sicherheitsvorkehrungen noch zuzumuten sind.

Nach diesen Grundsätzen war der Einzelhändler nicht verpflichtet, seine Verkaufsräume zu kühlen. Nach den Ausführungen des Sachver-

ständigen beruhte die Explosion der Flaschen im Wesentlichen auf vorhandenen Mikrorissen. Dieses Risiko hat der Gesetzgeber dem Hersteller zugewiesen, der dafür regelmäßig nach dem Produkthaftungsgesetz, jetzt auch auf Schmerzensgeld, haftet. Auch würde sich bei einer Kühlung von Verkaufsräumen das Risiko nicht so signifikant verringern, dass dies den erforderlichen Aufwand für die Kühlung rechtfertigen könnte. Im Übrigen würde die Kühlung für die Verbraucher ihrerseits Explosionsrisiken mit sich bringen, etwa beim Verbringen in ein warmes Fahrzeug oder Berühren mit warmer Hand.

Haustürwiderrufsrecht auch beim Bauvertrag

RA TILMANN SCHELLHAS – Der Bundesgerichtshof (VII ZR 268/05, Urteil vom 22. März 2007) hat entschieden, dass auch Bauverträge widerrufen werden können, wenn diese in einer sog. Haustürsituation nach § 312 BGB geschlossen wurden und der Auftraggeber nicht ordnungsgemäß über sein Widerrufsrecht belehrt wurde. Verbraucher können also von dem Bauvertrag zurücktreten und die erbrachten (Geld-) Leistungen zurückverlangen, wenn diese am Arbeitsplatz, im Bereich der Privatwohnung, in Verkehrsmitteln (z. Bsp.: Schiffe, Flugzeuge, Busse) oder – wie

hier – in öffentlich zugänglichen Verkehrsflächen (Straßen, Plätze, Bahnhöfe etc.) angebahnt oder abgeschlossen wurden und der Verbraucher ohne diese Haustürsituation den Vertrag nicht oder zumindest nicht in seiner konkreten Fassung abgeschlossen hätte. Dem stehen – so der BGH weiter – auch nicht europarechtliche Bestimmungen entgegen.

In dem Rechtsstreit hatte der Klägervorgetragen, er sei unmittelbar vor Vertragsschluss von dem Bauunternehmer auf der Straße abgefangen worden und es hätten vor der Unterzeichnung des Bauvertrages in einem öffentlichen

Café bereits Verhandlungen zwischen den Parteien stattgefunden. Die auf Rückzahlung geleisteten Werklohns gerichtete Klage scheitere aber nur daran, dass der Kläger in den Vorinstanzen nicht dargelegt hatte, vor der behaupteten Haustürsituation seien noch Fragen zum beabsichtigten Bauvertrag offen gewesen.

Fragen zum Beitrag und zum

Verbraucherschutzrecht

beantwortet Ihnen gerne

RA TILMANN SCHELLHAS

Tel. 0911 588 888-0

Marderbiss – was zahlt die Kaskoversicherung?

RAIN GABRIELE NOWAK – Das Amtsgericht Zittau hat in einem Urteil vom 28.02.2006 – AZ: 15 C 545/05 – entschieden, dass der KFZ-Vollkaskoversicherungsschutz für unmittelbar durch Marderbiss verursachte Schäden an Kabeln und Schläuchen nicht nur die Kosten für den Austausch der Kabel selbst, sondern auch der mit den Kabeln untrennbar verbundenen Lambdasonden und Positionsgeber umfasst. Folgeschäden anderer Art, insbesondere weitergehende Schäden am Fahrzeug selbst, sind jedoch ausgeschlossen. In vorbezeichnetem Fall wurden dem Kläger durch Marderfraß zwei Kabel unreparierbar zerstört, die untrennbar mit zwei Lambdasonden

bzw. dem Positionsgeber verbunden waren. Die Vollkaskoversicherung des Klägers lehnte als Beklagte die Bezahlung dieser Bauteile ab und begründete dies damit, dass lediglich die Kabel zerstört worden seien und nicht die Lambdasonde bzw. der Positionsgeber an sich. Die Versicherung berief sich darauf, dass es sich hierbei um Folgeschäden handeln würde, die nicht von der vertraglichen Einstandspflicht erfasst seien. Die Klage des Geschädigten hatte jedoch Erfolg. Das Amtsgericht Zittau begründete sein der Klage stattgebendes Urteil damit, dass es sich bei dem vorliegenden Schaden um die Zerstörung einer gesamten Einheit im Sinne des § 12 V lit. g AKB handelte. Eine solche liegt nach Auffassung des Gerichts nämlich immer dann vor, wenn es sich um konstruktiv untrennbar miteinander verbundene Bauteile oder Baugruppen, bestehend aus mehreren Einzelteilen handelt oder wenn nur ein Teil eines Ganzen beschädigt oder zerstört ist. Dies würde auch für einen Kabelstrang gelten, bei dem nur ein Teil

der Kabel zerbissen worden ist. Auch für den Fall, dass nur ein Loch in den Kühlwasserschlauch gebissen wurde, braucht sich ein Versicherungsnehmer nicht darauf verweisen zu lassen, dass der Schlauch links und rechts von dem Loch her noch in Ordnung sei und dessen Auswechslung als Folgeschaden nicht von der Einstandspflicht der Versicherung umfasst sei. Auch hier muss die Versicherung als Einheit alle beschädigten Teile selbiger ersetzen.

Grundsätzlich ist also festzustellen, dass stets alle Teile versichert sind, die nicht gesondert ausgewechselt, ersetzt oder repariert werden können, so dass im Sinn der Vorschriften hier also ein unmittelbarer Schaden anzunehmen ist.

Hingegen läge ein mittelbarer Schaden dann vor, wenn durch den Marderbiss ein nicht direkt betroffenes Teil beschädigt oder zerstört würde und hierdurch ein Folgeschaden – etwa durch Motorüberhitzung – eintreten würde.

Fragen zum Beitrag und zum Kraftfahrzeugrecht beantwortet Ihnen gerne
RAIN GABRIELE NOWAK,
Tel. 0911 588 888-0

Reform des Unterhaltsrechts

RA WOLFGANG STELZIG – Der Gesetzgeber plant eine Reform des Unterhaltsrechts. Ausgangspunkt war unter anderem eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, wonach bei der Ausgestaltung des Familienleistungsausgleichs die vorhandenen Gesetze dem Grundsatz der Normenklarheit, sprich der Verständlichkeit, immer weniger genügen.

Die einzelnen Punkte des Regierungsentwurfs werden nach wie vor diskutiert, so dass das zuletzt beabsichtigte Inkrafttreten zum 1.4.2007 nicht eingehalten werden konnte. Man ging seither vom 1. Juli

aus, was allerdings wiederum nicht eingehalten werden konnte. Insbesondere die Frage, ob nichtverheiratete Eltern von Kindern hinsichtlich des Unterhalts den gleichen Rang wie geschiedene Ehegatten bekommen sollten, ist umstritten. Auch andere Fragen, beispielsweise bekommen welche Übergangsvorschriften für bestehende Unterhaltsregelungen gelten sollen, sind noch ungeklärt. Im Wesentlichen sind folgende Änderungen beabsichtigt: Hinsichtlich des Kindesunterhalts soll eine Vereinfachung stattfinden. Erreicht werden soll dies durch Vorgaben für die Berechnung von

Unterhaltsansprüchen in Mangelfällen, durch die einheitliche Behandlung der Höhe des Kindesunterhalts in West- und Ostdeutschland sowie durch den Wegfall der bisherigen Regelbetragsverordnung. Ferner wird nunmehr der Mindestunterhalt minderjähriger Kinder im Gesetz definiert und die Verrechnung des Kindergelds vereinfacht. Schließlich erfolgt eine Neuregelung der Rangfolge der Unterhaltsberechtigten in Mangellagen, wobei der Kindesunterhalt grundsätzlich Vorrang vor Unterhaltsansprüchen anderer Personen, z. B. Ehegatten, bekommen soll. Bei Ehegatten sind

zwar für die Zeit bis zur Scheidung keine nennenswerten Änderungen beabsichtigt. Umso tiefgreifender sind jedoch die Veränderungen beim Unterhaltsanspruch des geschiedenen Ehegatten. Insbesondere werden der Grundsatz der nahehelichen Eigenverantwortung verschärft und erhöhte Anforderungen an die Obliegenheit zur Wiederaufnahme einer Erwerbstätigkeit gestellt. Neu ist auch eine für alle nahehelichen Unterhaltstatbestände geltenden Möglichkeit, den Unterhalt nach „Billigkeit“ zu begrenzen. Alternativ wird die Verpflichtung diskutiert, künftig nach Ablauf einer bestimmten Frist doch eigene Arbeit für den Unterhalt zu sorgen. Einzelheiten hierzu sind derzeit allerdings noch offen.

Verbessert wird demgegenüber die Rechtsstellung Kinder betreuender, nicht miteinander verheirateter Eltern. Hier kann der Betreuungsunterhalt über den bisher üblichen Drei-Jahres-Zeitraum hinaus erweitert werden. Hinsichtlich der Rangfolge werden nunmehr der frühere und der jetzige Ehegatten gleich-

behandelt, soweit sie Kinder zu betreuen haben. Zunächst war beabsichtigt worden, dass auch geschiedene und unverheiratete ehemalige Partner gleichbehandelt werden sollen, solange sie kleine Kinder erziehen. Aktuellster Stand ist allerdings, dass geschiedenen Ehegatten, die Kinder erziehen oder die langjährig verheiratet waren, doch einen besseren Rang bekommen, sonstige Geschiedene jedoch nicht. Im Ergebnis fallen dann nichtverheirateter Partner, selbst wenn sie Kinder betreuen, erst in den dritten Rang. Überlagert werden die hierbei auftretenden Fragen nunmehr noch dadurch, dass das Bundesverfassungsgericht am 23.5.2007 die unterschiedliche Dauer der Unterhaltsansprüche von Eltern während der Zeit der Betreuung ehelicher Kinder einerseits und nichtehelicher Kinder andererseits für verfassungswidrig erklärt hat. Damit ist im Ergebnis nicht nur die zu treffende Regelung, sondern auch der Zeitpunkt des Inkrafttretens des Gesetzes wieder offen. Eingeführt werden schließlich noch Übergangsvorschriften, die es

ermöglichen sollen, bereits vorhandene Unterhaltsregelungen an das neue Recht anzupassen. Auch hier sind Einzelheiten noch nicht geklärt und weiter in der Diskussion. Einerseits soll eine Änderung bestehender Vollstreckungstitel oder Unterhaltsvereinbarungen verlangt werden können, soweit eine wesentliche Änderung der Unterhaltsverpflichtung eintritt. Andererseits soll noch eine Abänderungsschranke der Zumutbarkeit eingeführt werden. Hierbei handelt es sich allerdings um einen ziemlich unpräzisen Begriff, der meines Erachtens nur Rechtsunsicherheit mit sich bringt. Gegenwärtig kann man darum nur abwarten, welche Übergangsregeln letztlich in das Gesetz aufgenommen werden.

Fragen zum Beitrag und zum Familienrecht beantwortet Ihnen gerne
RA WOLFGANG STELZIG,
 Tel. 0911 588 888-0

Verkehrsunfall - keine Bindung an Schadensabrechnung

RA WOLFGANG STELZIG — Ein Geschädigter, der seinen Schaden zunächst nach Kostenvoranschlag oder Gutachten abrechnet, kann später grundsätzlich immer noch die Kosten einer tatsächlich durchgeführten Reparatur verlangen. In einem Anfang 2007 veröffentlichten Urteil hat der Bundesgerichtshof die Streitfrage entschieden, ob der bei einem Verkehrsunfall Geschädigte an die von ihm zunächst gewählte Art der Schadensabrechnung gebunden ist. Im konkreten Fall wurde

zunächst Schadensersatz nach Gutachten auf Totalschadensbasis gewählt. In der Folgezeit wurden Rechnungen über durchgeführte Reparaturen vorgelegt. Die Vorinstanzen (Amtsgericht und Landgericht) wiesen die Klage

ab mit der Begründung, dass sich der Geschädigte durch die von ihm gewählte erste Abrechnungsart (nach Gutachten) gebunden hat und er deswegen später nicht mehr die tatsächlichen Reparaturkosten verlangen könne. Dieser Auffassung folgte der Bundesgerichtshof nicht und meinte, dass eine solche Beschränkung auf die erste Abrechnung ohne besondere Anhaltspunkte gerade nicht angenommen werden könne (BGH NJW 07, 67).

Fragen zum Beitrag und zum Schadensrecht beantwortet Ihnen gerne
RA WOLFGANG STELZIG,
 Tel. 0911 588 888-0